

Die Bezirksrät:innen der SPÖ, Alexander Prischl, der ÖVP, Nadine Koch, der Grünen, Christian Faulmann, der NEOS, Philip Weinberger und der KPÖ-LINKS, Florian Birngruber, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Umsetzung der in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Maßnahmen in der Filmteichstraße

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die in der Arbeitsgruppe erarbeiteten und einstimmig beschlossenen Maßnahmen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen.

Begründung

Die Bezirksvertretung hat gemeinsam mit Anrainerinnen und Anrainern sowie der Fachdienststellen in den vergangenen Monaten Maßnahmen zur Eindämmung der Roadrunner-Szene in der Filmteichstraße sowie zur Reduktion der Lärmbelästigung erarbeitet. In den bisherigen Sitzungen wurden konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation vorgebracht, diskutiert und durch die Fachdienststellen geprüft. Als Resultat wurden folgende Maßnahmen zur raschen Umsetzung gemeinsam definiert:

- Künftige Führung des Linienbusses in beiden Richtungen der Filmteichstraße auf der südlichen Seite. Der MIV wird künftig gegen den Uhrzeigersinn geführt werden (südseitig in Fahrtrichtung Panoramaschenke, nordseitig in Fahrtrichtung Laaer-Berg-Straße). Die Entflechtung des Linienbusses und des MIV ermöglicht es im nördlichen Bereich (in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung) geschwindigkeitsreduzierende Schwellen umzusetzen. Für eine rasche Umsetzung und zur Vermeidung eines verlorenen Aufwandes werden diese vorerst als temporär Querschwellen ausgeführt.
- Zusätzlich werden in der Burgenlandgasse und am Westparkplatz provisorische Querschwellen umgesetzt.
- Anbringung von provisorischen Längsschwellen im südlichen Bereich, um die Fahrbahn merklich einzuengen und so geschwindigkeitsreduzierend zu wirken.

Außerdem wird das „Nebeneinanderfahren der Roadrunner-Szene bei leerer Fahrbahn“ baulich verunmöglicht.

- Durch die geänderte Führung des Linienbusses ist die Verlegung einer Haltestelle notwendig, diese wird in Fahrtrichtung Laaer-Berg-Straße auf der südlichen Seite auf Höhe des Parkeinganges realisiert.

Die Fachdienststellen gehen von einem Kostenrahmen von maximal 400.000 Euro für die oben angeführten Maßnahmen aus. Diese sind, vorbehaltlich etwaiger Förderungen, komplett durch das Bezirksbudget zu bedecken.

Um sofortige Annahme wird ersucht.

Alexander Prischl

Nadine Koch

Christian Faulmann

Philip Weinberger

Florian Bringruber

Die Bezirksrät:innen der SPÖ, Alexander Prischl, der ÖVP, Nadine Koch, der Grünen, Christian Faulmann, der NEOS, Philip Weinberger und der KPÖ-LINKS, Florian Birngruber, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Erweiterung des Halte- und Parkverbotes im Zeitraum von 22:00 Uhr bis 05:00 Uhr auf den „Westparkplatz“ bei der Filmteichstraße

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die in der Arbeitsgruppe einstimmig beschlossene Erweiterung des Halte- und Parkverbots auf den „Westparkplatz“ bei der Filmteichstraße, zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen.

Begründung

Die Verordnung eines Halte- und Parkverbots hat sich als adäquates Mittel zur Reduktion der Lärmbelastung der Anrainerinnen und Anrainer in der Filmteichstraße bewährt. In der Arbeitsgruppe wurde nun besprochen und beschlossen das Halte- und Parkverbot auch auf den „Westparkplatz“ auszuweiten, da sich die Problematik in den vergangenen Monaten teilweise dorthin verlagert hat.

Um sofortige Annahme wird ersucht.

Alexander Prischl

Nadine Koch

Christian Faulmann

Philip Weinberger

Florian Birngruber



SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION
DER BEZIRKSVERTRETUNG FAVORITEN

1100, Laxenburger Straße 8-10

☎ 604 27 28 - FAX 603 68 12

e-mail: wien.favoriten@spoe.at

www.favoriten.spoe.at

Die Bezirksräte der SPÖ, Alexandra Schwarz und Pia Politzer, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Überprüfung Ampelschaltung Kurt-Tichy-Gasse # Oberlaaer Straße

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die Ampel im Kreuzungsbereich Kurt-Tichy-Gasse # Oberlaaer Straße hinsichtlich kürzerer Intervallschaltung sowie zeitlich früherem Gelbblinkbetrieb zu überprüfen.

Begründung

Die Wartezeiten für Autofahrer*innen sowie Fußgänger*innen im Kreuzungsbereich sind trotz oftmals geringer Verkehrsbelastung unverhältnismäßig lang. Dies führt dazu, dass die Kreuzung sowohl von Autofahrer*innen als auch von Fußgänger*innen bei Rotlicht gequert wird, was ein Sicherheitsrisiko darstellt. Aus diesem Grund soll die Intervallschaltung auf ein kürzeres Intervall überprüft werden.

In den späten Abendstunden stellt die Ampel den Betrieb auf „gelb blinkend“ um. Da bereits mit Filialschluss der Hoferfiliale (20 Uhr) das Verkehrsaufkommen deutlich abnimmt, wird um Überprüfung gebeten, die Ampel schon früher auf Gelbblinkbetrieb umzustellen.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Alexandra Schwarz

Pia Politzer

Die Bezirksräte der SPÖ, Kurt Stastka und Alexander Prischl, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche nach Paul Weis

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die notwendigen Schritte einzuleiten eine öffentliche Verkehrsfläche in Favoriten nach Paul Weis zu benennen.

Begründung

Paul Weis wurde am 19. März 1907 in eine gutbürgerliche jüdische Familie in Wien geboren. Sein Großvater David Weiß hatte 1865 in Aussig eine Likörfabrik gegründet und war 1869 nach Wien übersiedelt. Ab 1872 betrieb er eine Likörfabrik in der Buchengasse, die 1874 Teil des neu geschaffenen Bezirks Favoriten wurde. Nach dem Tod seines Vaters 1934 wurde Paul Weis gemeinsam mit seinen beiden älteren Schwestern Ella (geboren 1890) und Frieda (geboren 1892) Inhaber der Likör-, Essig- und Fruchtsäftefabrik in der Wielandgasse 16 in Favoriten. Paul Weis hatte an der Universität Wien Rechtswissenschaften, unter anderem bei Hans Kelsen, studiert und 1930 promoviert.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 wurde die Firma D.Weis & Co arisiert (Likör- und Fruchtsäftefabrik „Radacia“) und Paul Weis von der Gestapo festgenommen und ins Konzentrationslager Dachau deportiert, wo er von November 1938 bis April 1939 interniert war. Er schaffte es durch den Erwerb eines Einreisevisums in das Vereinigte Königreich, aus Dachau entlassen zu werden und nach England zu flüchten, wo er wieder bis 1940 in britischen Lagern interniert wurde. Seine Schwester Frieda wurde am 14.6.1942 aus einer Sammelwohnung in Wien 1, Salzgries 12/10, nach Sobibor deportiert, seine Schwester Ella aus einer

Sammelwohnung in Wien 2, Ferdinandstraße 22, am gleichen Tag nach Auschwitz. Beide wurden ermordet.

1942, dem Jahr, als seine beiden älteren Schwestern deportiert worden waren, trat Paul Weis dem Jüdischen Weltkongress bei und stand dessen Rechtsabteilung vor. Er beschloss, seine Erfahrungen als Verfolgter und Geflüchteter in den Dienst für Verfolgte und Geflüchtete zu stellen. Er trat in den Dienst der 1946 gegründeten Internationalen Flüchtlingsorganisation (International Refugee Organization) ein, die sich als spätere Sonderorganisation der Vereinten Nationen dem massiven Flüchtlingsproblem nach Ende des 2. Weltkriegs widmete. 1949 wurde er Leiter der Rechtsabteilung und hatte daher wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) 1951. Ein Jahr später wurde die Internationale Flüchtlingsorganisation in das Amt des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (Office of the UN High Commissioner for Refugees = UNHCR) umgewandelt, und Paul Weis blieb bis zu seiner Pensionierung Leiter der Schutz- und Rechtsabteilung. Seine Anstrengungen zur Verbesserung des Asylrechts und Flüchtlingsschutzes wurden 1967 durch die Verabschiedung zweier wichtiger Dokumente belohnt, nämlich die UNO-Erklärung über territoriales Asyl und das Zusatzprotokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention, das den Anwendungsbereich auf alle Flüchtlinge, insbesondere aus dem Global Süden erweiterte.

Paul Weis wird häufig als „Vater des Internationalen Flüchtlingsschutzes“ bezeichnet. Durch seine Vorarbeiten an der Genfer Flüchtlingskonvention, die auf seinen eigenen Fluchterfahrungen beruhten, hat er den internationalen Flüchtlingsschutz revolutioniert. Bis dahin war dieser Schutz, vor allem nach dem 1. Weltkrieg, nur bestimmten Gruppen (z.B. Flüchtlingen aus Russland) zuteil geworden, aber nun wurde dieser Schutz unter dem Eindruck der Massenfluchtbewegungen während und nach dem 2. Weltkrieg zu einem Menschenrecht. Schon Artikel 14 der Universellen Erklärung der Menschenrechte 1948 erkennt das Recht jedes Menschen an, „in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen“. In der Genfer Flüchtlingskonvention werden Flüchtlinge als Personen definiert, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ aus ihrem Heimatland (das gilt auch für Staatenlose) geflohen sind und wegen dieser Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren wollen. Wenn Personen als Flüchtlinge anerkannt sind, dann genießen sie im wesentlichen gleiche Rechte wie die

Angehörigen des Aufnahmestaates. Die Konvention und ihr Zusatzprotokoll sind von den meisten Staaten der Welt als rechtlich bindend anerkannt worden.

Es ist wichtig, Menschen wie Paul Weis vor den Vorhang zu holen und als Vorbild für eine neue Generation von Entscheidungsträger:innen in Erinnerung zu rufen. Vielleicht gibt es auch in der Zukunft wieder Favoritner, die die Welt im positiven Sinn verändern werden. Warten wir nicht, bis es wieder zu spät ist!

Um Zuweisung in die Kulturkommission wird ersucht.

Kurt Stastka

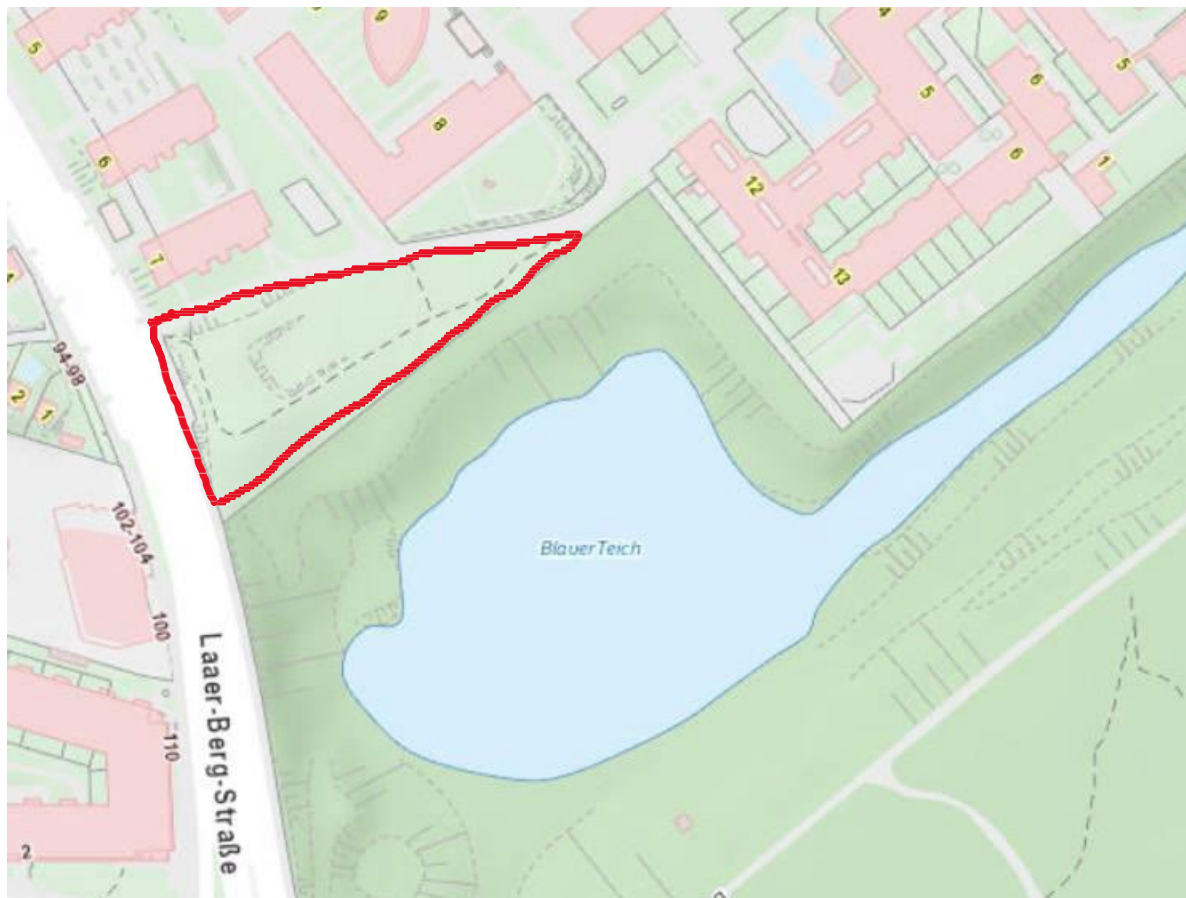
Alexander Prischl

Die Bezirksräte der SPÖ, Stefan Bauer und Sonja Müller-Gollner, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Mehr Entsorgungsmöglichkeiten für Zigaretten

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, auf der frei zugänglichen Erholungsfläche (siehe Plan) zwei Müllsammelbehälter inklusive Zigarettenbehälter zu installieren.



Begründung

Am äußeren Rande der Siedlung Monte-Laa befindet sich angrenzend an den Laaer-Wald eine Erholungsfläche, die gleichermaßen von Kindern, Hunden und Erwachsenen genutzt wird. Es befinden sich auch Sitzmöglichkeiten vor Ort, welche von den Menschen gerne genutzt werden. Es gibt allerdings keine Müllsammelbehälter vor Ort und speziell die Vermüllung durch Zigarettenreste konnte zuletzt bei einer Müllsammelaktion vor Ort festgestellt werden. Da sich angrenzend der Laaer-Wald und der Blaue-Teich befinden, ist diese Tatsache für den Wasserhaushalt vor Ort auch sehr schädlich.

Um diese Situation zu verbessern, wäre die Installation von 2 Müllsammelbehältern inklusive Zigarettenbehälter sehr wichtig. Zusätzlich gäbe es dann auch die Möglichkeit an eben diesen Hundekotbeutelspender zu montieren.

Um Zuweisung in den Umweltausschuss wird ersucht.

Stefan Bauer

Sonja Müller-Gollner

Die Bezirksrätinnen der SPÖ, BRin Pia Politzer BA, MA und BR Mag. Dominik Dornhackl, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Antrag auf Kühlung und Verbesserung des Raumklimas im Kindergarten Grundäckergasse

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, kurzfristige und langfristige Maßnahmen zur Kühlung der Gruppenräume des städtischen Kindergartens Grundäckergasse 20 zu prüfen und Empfehlungen auszusprechen.

Begründung

Die Räumlichkeiten des Kindergartens sind während der Sommermonate einer erheblichen Überhitzung ausgesetzt. Seitens des pädagogischen Personals wurden hierzu bereits Temperaturmessungen durchgeführt und dokumentiert.

Auch von Seiten der Elternschaft wurde Kontakt mit der zuständigen Verwaltung (Magistratsabteilung 10) aufgenommen, um auf die Situation aufmerksam zu machen.

Ziel ist es, auch während sommerlicher Hitzeperioden gesundheitsfördernde und pädagogisch geeignete Aufenthaltsbedingungen in den Räumlichkeiten des Kindergartens sicherzustellen.

Die zuständigen Stellen werden hiermit ersucht, den Kindergarten hinsichtlich zusätzlicher Maßnahmen zur Reduktion der Hitzebelastung zu prüfen. Dabei sollen sowohl kurzfristig umsetzbare Lösungen als auch langfristige, nachhaltige Maßnahmen berücksichtigt werden, um eine deutliche Verbesserung des Raumklimas für die betreuten Kinder sowie das Personal zu erreichen.

Um Zuweisung in die Kommission für Bildung, Jugend und Soziales wird ersucht.

BRin Pia Politzer BA, MA

BR Mag. Dominik Dornhackl

Die Bezirksräte der SPÖ, Sonja Müller-Gollner und Kerstin Thoma, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

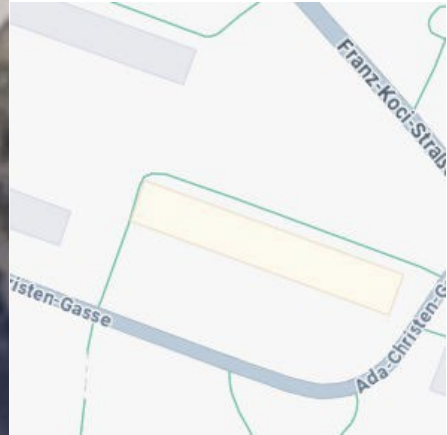
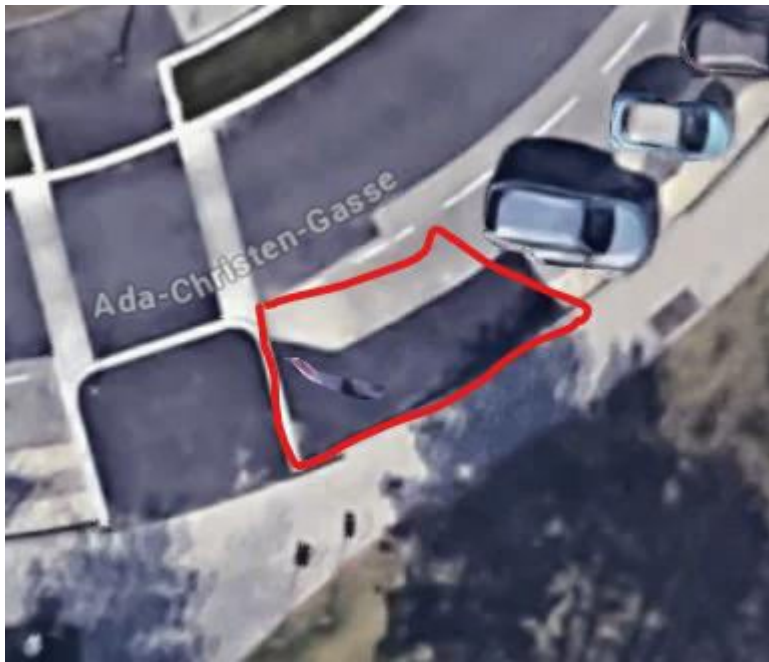
ANTRAG

Errichtung einer Moped- und Motorradabstellzone in der Ada-Christen-Gasse im Bereich des Fußgängerübergangs nach der letzten Kurve vor der Einmündung in die Franz-Koci-Straße (Nr. 7)

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die Errichtung einer saisonalen Abstellzone (März-Oktober) im Hinblick auf Auslastung und Kosten zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

In dem Bereich gibt es keine Abstellzone für Mopeds- und Motorräder. Aus dem Grund werden die Fahrzeuge zwischen Autos geparkt, was immer wieder zu verärgerten Autobesitzer:innen führt. Zum Teil werden dann die Mopeds und Motorräder kurzerhand umgestellt, was durchaus zu Beschädigungen führen kann. Der in den beigefügten Fotos gekennzeichnete Bereich würde sich gut eignen, da hier der vorgezogene Fußgängerübergang in einem anderen Winkel als die Schrägparkordnung in dem Bereich verläuft und daher auch nicht viele Parkplätze wegfallen würden.



Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Sonja Müller-Gollner

Kerstin Thoma

Die Bezirksrätinnen der SPÖ, BRin Pia Politzer BA, MA und BR Konstantin Böck, BA MA, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung, folgenden

ANTRAG

Überprüfung auf Verkehrssicherheit und Maßnahmen zur besseren Sichtbarkein von Vekehrsteilnehmer:innen: Kreuzung Olaus-Petri-Gasse/Göteborggasse

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die Kreuzung Olaus-Petri-Gasse/Göteborggasse hinsichtlich der Verkehrssicherheit, insbesondere Einsicht und Sichtbarkeit unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer:innen zu prüfen.

Begründung

Die Olaus-Petri-Gasse ist eine Einbahnstraße, die zur Favoritenstraße führt. Laut Beschilderung und Markierung darf gegen die Einbahnstraße mit dem Fahrrad gefahren werden. Die Empfehlung für die Radfahrenden gibt die von ihnen aus gesehener rechter Straßenseite vor.

Von der rechten Seite mündet die Göteborggasse in die Olaus-Petri-Gasse. Lenkberechtigte tendieren aus dieser Gasse kommend zum scharf Linksabbiegen, um nicht die parkenden Autos auf der gegenüberliegenden Seite zu touchieren. Genau hier kommt es immer wieder zu brenzlichen Situationen, da die Autos aus der Göteborggasse tendenziell in den entgegenkommenden Radverkehr hineinlenken.

Mittlerweile ist die Ecke durch eine gepflanzte Hecke zusätzlich schlecht einsehbar, wodurch Verkehrsteilnehmende erst unmittelbar wahrgenommen werden.

In dieser Siedlung sind zwei Bildungseinrichtungen in unmittelbarer Nähe, der städtische Kindergarten Bernadottengasse 59 und die öffentliche Offene Volksschule Selma-Lagerlöf-Gasse 20.

Die zuständigen Magistrate werden gebeten, die Ecke, wo Olaus-Petri-Gasse und Göteborggasse aufeinander treffen zu prüfen und Maßnahmen zur besseren Verkehrssicherheit zu evaluieren.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

BRin Pia Politzer BA, MA

BR Konstantin Böck, BA MA



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Christian Schuch und Raphael Fasching, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Betreff: Maßnahmen gegen die Raser- und Tuning-Szene im Bereich der Firma „Boxenstop Favoriten“ (Himberger Str. 50, 1100 Wien)

Die Favoritner Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass alles Erdenkliche unternommen wird, damit die Anrainer nicht weiterhin durch die entstandene Raser- und Tuning-Szene im Bereich der Firma „Boxenstop Favoriten“ (Himberger Straße 50, 1100 Wien) belästigt werden (Stichwort: Lärm).

Begründung:

Anrainer aus dem Umfeld der Firma „Boxenstop Favoriten“ wenden sich vermehrt mit Beschwerden an uns. Dabei wird berichtet, dass sich im Bereich des Betriebs ein regelmäßiger Treffpunkt für die Tuning- und Poserszene entwickelt habe.

Anrainer übermitteln uns laufend Fotos und Videos, auf denen augenscheinlich massive Geschwindigkeitsübertretungen, riskante Fahrmanöver, starkes Beschleunigen sowie erhebliche Lärmbelästigungen durch aufheulende Motoren und Fehlzündungen zu erkennen sind. Die Vorfälle sollen insbesondere in den Abend- und Nachtstunden stattfinden und führen laut den Betroffenen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität.

Um sofortige Annahme wird gebeten!

Christian Schuch

Raphael Fasching



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Christian Schuch und Raphael Fasching, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

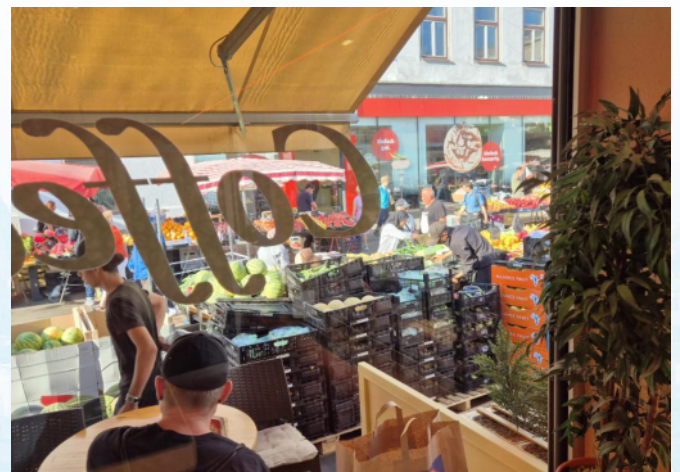
ANTRAG

Betreff: Ausreichend Abstand zwischen Marktstände und Geschäftslokale am Viktor-Adler-Markt

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, dafür zu sorgen, dass ausreichend Abstände zwischen den ansässigen Geschäftslokalen und den Marktständen am Viktor-Adler-Markt vorherrschen. Abgestellte Paletten und der Warenverkauf auf der Gehsteigseite stören die fix-ansässigen Lokalitäten samt ihren Schanigarten-Betrieb (z.B. „Buffet und Imbiss Prokes“).

Begründung:

Beschwerden und Anliegen durch Geschäftsbetriebe (siehe Antragstext). Die Fotos sprechen für sich:





Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Christian Schuch

Raphael Fasching



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Michael Mrkvicka und Susanne Dollischel, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Anpassung der Spurführung im Kreuzungsbereich Absberggasse / Gudrunstraße

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, die bestehende Spuraufteilung im Bereich der Kreuzung Absberggasse / Gudrunstraße zu überprüfen und so anzupassen, dass:

- der **mittlere Fahrstreifen** künftig sowohl für die **Geradeausfahrt in die Unterführung** als auch für die **Weiterfahrt in die Gudrunstraße (Hausnummern 13–29)** freigegeben wird,
- die **rechte Spur ausschließlich dem Rechtsabbiegen** vorbehalten bleibt.

Begründung:

Derzeit müssen viele Verkehrsteilnehmer, die geradeaus in die Gudrunstraße (Hausnummern 13–29) fahren möchten, auf die rechte Abbiegespur ausweichen, da der mittlere Fahrstreifen nicht für diese „Fahrtrichtung“ freigegeben ist. Dies führt zu Rückstau, unnötigen Spurwechseln und einer Irritation des Verkehrsflusses, insbesondere zu Spitzenzeiten.

Durch die Freigabe des mittleren Fahrstreifens für beide Geradeausfahrten – in die Unterführung und in die Gudrunstraße (Richtung Hausnummern 13–29) – wird der Verkehr gleichmäßiger verteilt, die rechte Spur entlastet und die Leistungsfähigkeit der Kreuzung deutlich verbessert.

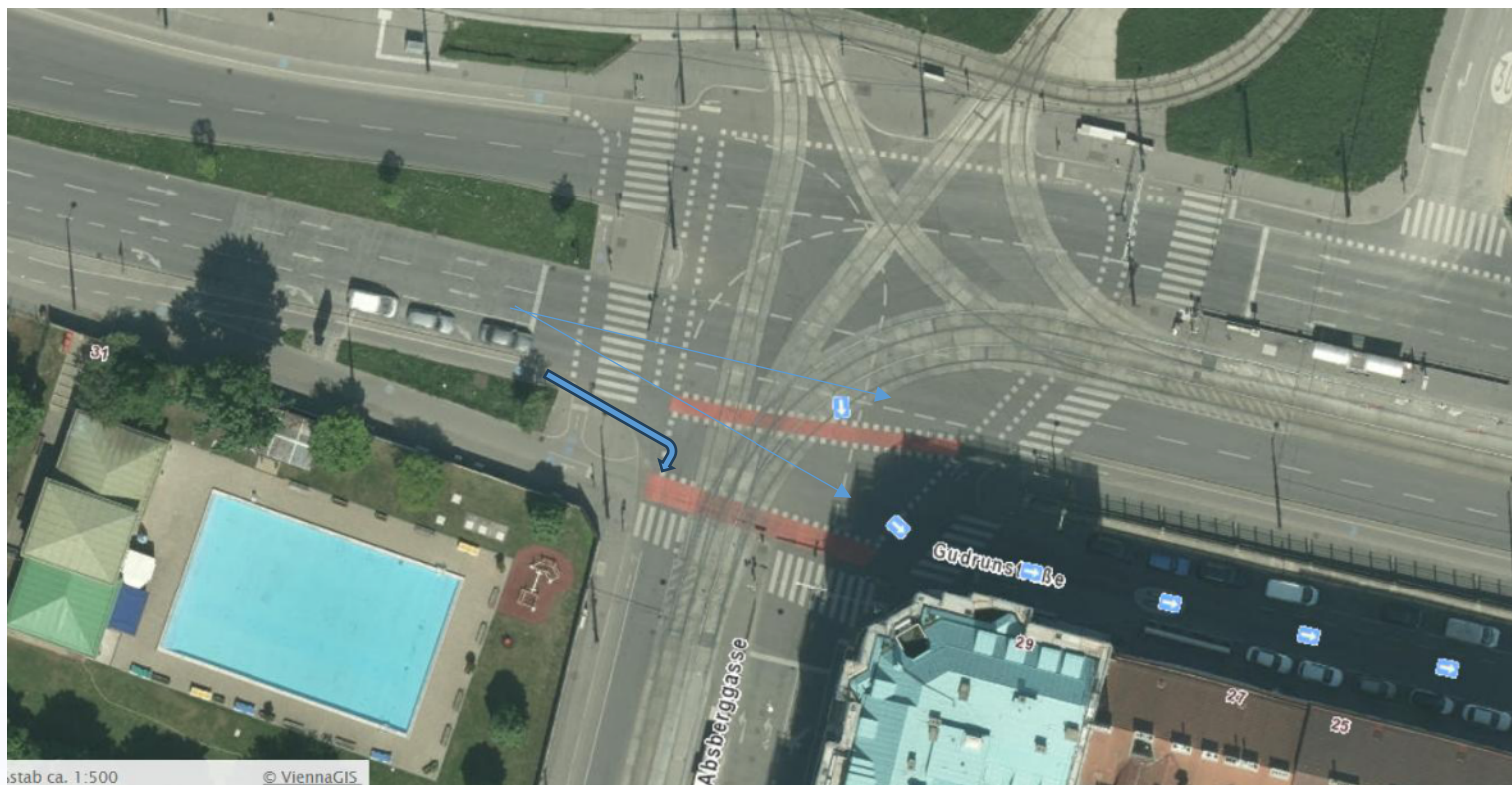


Die klare Zuordnung der rechten Spur ausschließlich zum Rechtsabbiegen erhöht zudem die Verkehrssicherheit und sorgt für eine bessere Orientierung aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Michael Mrkvicka

Susanne Dollischel





Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Michael Mrkvicka und Herbert Poisl, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Entfernung der Poller in der Theodor-Sickel-Gasse auf Höhe 2-4

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, die Poller im oben genannten Bereich zu entfernen.

Begründung:

Im betroffenen Bereich befindet sich derzeit eine Baustelle, die den Straßenraum stark einschränkt und die Parksituation zusätzlich verschärft. In der Theodor-Sickel-Gasse stehen ohnehin zu wenige Parkplätze zur Verfügung.

Durch die Entfernung der Poller kann der verfügbare Raum flexibler genutzt und die akute Parkplatznot ein wenig entschärft werden.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Michael Mrkvicka

Herbert Poisl



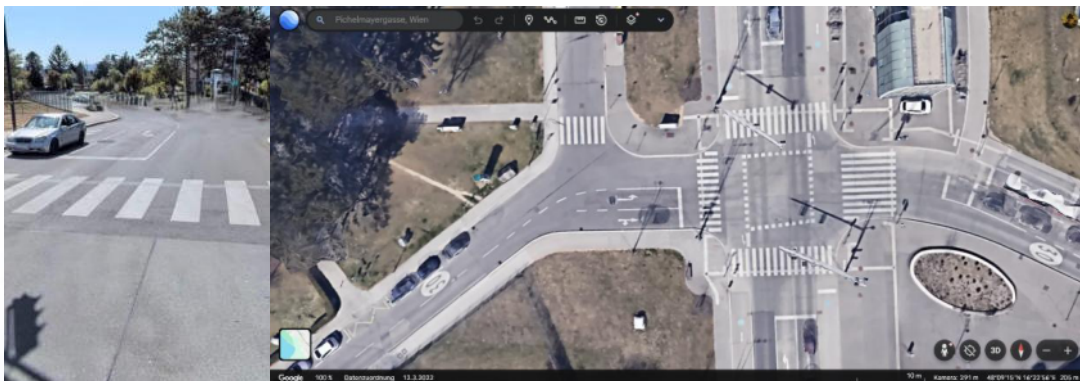


Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Petra CIZEK, Susanne DOLLISCHEL und Viktor GULA stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Kreuzung Pichelmayergasse/Favoritenstraße

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, zu prüfen, ob die Ampelphase für Linksabbieger in die Favoritenstraße – aus der Pichelmayergasse kommend – verlängert werden kann.



Begründung:

- Eine übermäßige Staubildung in der Pichelmayergasse, insbesondere zu Schulbeginn und Schullende, wird damit vermieden.
- Weniger Stau erhöht die Sicherheit auf dem vorhandenen Schulweg.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Susanne DOLLISCHEL

Petra CIZEK

Viktor GULA



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Michael Mrkvicka und Viktor Gula, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Errichtung eines Motorradabstellplatzes in der Rudolf-Friemel-Gasse vis-a-vis von Hausnummer 6

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, einen Motorradabstellplatz in der Rudolf-Friemel-Gasse vis-a-vis der Hausnummer 6 zu erreichen.

Begründung:

Der Standort in der Rudolf-Friemel-Gasse wird bereits jetzt regelmäßig und intensiv von Motorrädern genutzt, obwohl dort kein offiziell ausgewiesener Abstellplatz besteht. Durch die Errichtung eines klar markierten Motorradabstellplatzes kann die bestehende Nutzung geordnet, sicher und rechtskonform gestaltet werden.

Ein eigener Abstellbereich verhindert zudem, dass Motorräder auf Gehsteigen, in Einfahrtsbereichen oder in der Fahrbahnrandzone abgestellt werden, was die Sicherheit für Fußgänger erhöht und den Verkehrsraum übersichtlicher macht.

Da der Bedarf nachweislich vorhanden ist und der Standort sich aufgrund seiner Breite und Sichtbeziehungen gut eignet, stellt die Einrichtung eines offiziellen Motorradabstellplatzes eine sinnvolle und effiziente Verbesserung der lokalen Verkehrssituation dar.

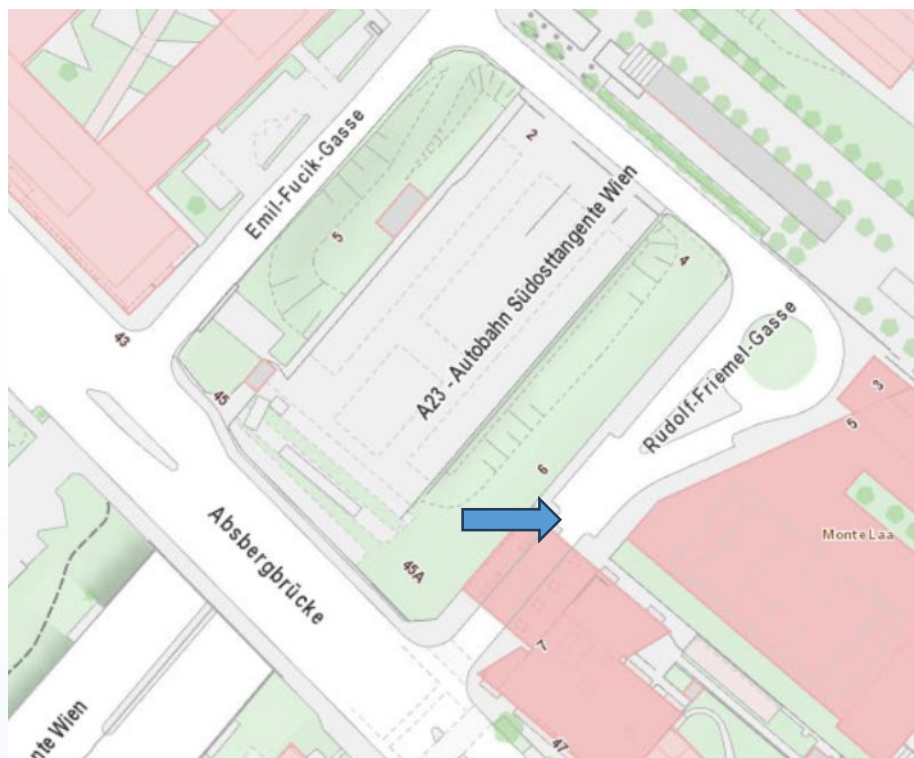


Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Michael Mrkvicka

Viktor Gula







Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Christian Schuch und Walter Schuch, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Pflanzen und Blumen aus Querbeet gerissen – Chaos entlang der Favoritenstraße

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Zustände, wie Sie im *Krone*-Artikel (<https://www.krone.at/4163175>) beschrieben wurden, der Vergangenheit angehören.

Begründung:

Die Umgestaltung der Favoritenstraße schreitet voran. Doch die im Frühling neu gesetzten Blumen und Sträucher konnten auf den Querbeeten auf Höhe der Favoritenstraße 71 nicht lange gedeihen: Die gesetzten Blumen wurden herausgerissen, Pflanzen niedergetrampelt und das Beet als Mülltonne verwendet.

„Nur etwas zu erneuern auf Kosten der Bürger, aber sich dann nicht um den Fortbestand zu kümmern, finde ich sehr kurz gedacht“, so ein Anrainer gegenüber der *Kronen-Zeitung*.

Entsprechende Maßnahmen (z.B. verstärkte Kontrollen durch die WasteWatcher) sind dringend erforderlich.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Christian Schuch

Walter Schuch



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Michael Mrkvicka und Petra Cizek, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026, gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Prüfung Geradeausfahrt Eva-Zilcher-Gasse → Laimäckergasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, die Ermöglichung einer legalen Geradeausfahrt von der Eva-Zilcher-Gasse in die Laimäckergasse verkehrstechnisch, rechtlich und sicherheitstechnisch zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte untersucht werden:

- Generelle Auswirkungen auf den Verkehr
- Sicherheitsrelevante Faktoren für alle Verkehrsteilnehmenden
- Umwelt- und Klimarelevanz, insbesondere durch Vermeidung unnötiger Umwege
- Anpassungsbedarf bei Beschilderung, Markierungen oder Ampelregelungen
- Auswirkungen auf den Durchzugsverkehr durch das Wohngebiet

Begründung:

Derzeit ist es von der Eva-Zilcher-Gasse nicht erlaubt, geradeaus in die Laimäckergasse einzufahren. Fahrzeuge können ausschließlich links oder rechts in die Gudrunstraße abbiegen. Diese Einschränkung führt zu mehreren Problemen:

- Unnötige Umwege: Um die Laimäckergasse oder angrenzende Bereiche zu erreichen, müssen Fahrzeuge über die Gudrunstraße fahren, oft mit zusätzlicher Ampelwartezeit und längeren Fahrwegen.



Das verursacht mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Emissionen, obwohl eine direkte Verbindung unmittelbar vorhanden wäre.

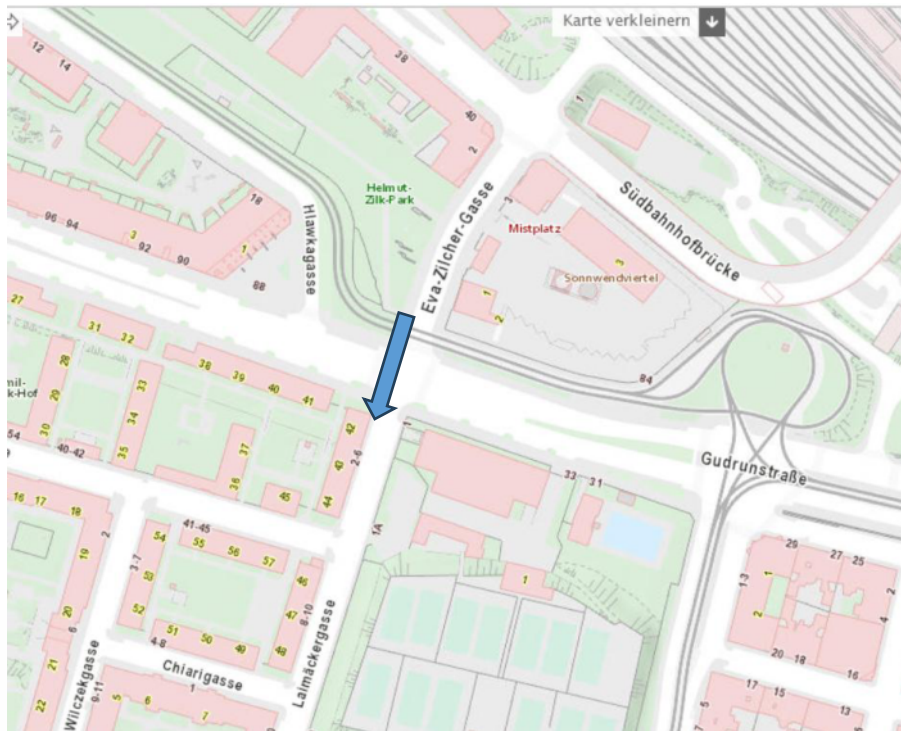
- Umwelt- und Klimabelastung: Die erzwungenen Fahrten über die Gudrunstraße führen zu zusätzlichen CO₂-Emissionen, die durch eine kurze, direkte Geradeausfahrt vermeidbar wären.
- Verkehrslogische Inkonsistenz: Die Straßenführung vor Ort legt eine natürliche Weiterfahrt in die Laimäckergasse nahe. Die aktuelle Regelung wirkt für viele Verkehrsteilnehmende nicht intuitiv, was zu Unsicherheiten und gelegentlichen Fehlmanövern führt.
- Entlastung der Gudrunstraße: Jeder vermiedene Umweg reduziert die Belastung einer ohnehin stark frequentierten Straße.

Eine Öffnung der Geradeausfahrt würde somit Verkehr reduzieren, Emissionen senken, die Orientierung erleichtern und die lokale Erreichbarkeit verbessern.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Michael Mrkvicka

Petra Cizek





Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Susanne DOLLISCHEL, Petra CIZEK und Viktor GULA, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Einhaltung „erlaubte Geschwindigkeit 30 km/h“ in den Straßen Pichelmayergasse, Selma-Lagerlöf-Gasse und Brantinggasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, in den oben angeführten Straßen Maßnahmen zu ergreifen, damit die erlaubte Geschwindigkeit von 30 km/h vom Individualverkehr eingehalten wird.

Begründung:

In den betroffenen Bereichen befinden sich 3 Schulen und 1 Kindergarten. Schon heute findet man dort „Tempo 30“. Dennoch halten sich viele Verkehrsteilnehmer nicht daran. Maßnahmen, wie etwa verstärkte Kontrollen, wären daher wünschenswert.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Susanne DOLLISCHEL

Petra CIZEK

Viktor GULA



Die Bezirksräte der FPÖ-Favoriten, Stephan Mazal und Michael Mrkvicka, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 der GO folgenden

ANTRAG

Betreff: Zusatztafel zum Bezirkswappen am Reumannplatz

Die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die zuständige Magistratsabteilung werden bzw. wird ersucht, zum Favoritner Bezirkswappen am Reumannplatz eine Zusatztafel mit einer kurzen Erläuterung des Bezirkswappens, dahingehend, dass es sich um das Favoritner Bezirkswappen handelt und welcher Wappenteil welchen Bezirksteil repräsentiert, anzubringen.

Begründung:

Am Reumannplatz befindet sich ein von Volksschulkindern anlässlich der 150 Jahres-Feier von Favoriten gestaltetes Bezirkswappen (siehe Fotos). Aus einer bestehenden Zusatztafel geht hervor durch wen das Wappen gestaltet wurde. Aus Sicht des Betrachters (sowohl für Favoritner als auch für Gäste des Bezirks) wäre es auch lehrreich und interessant eine kurze Erläuterung des Bezirkswappens und der dargestellten Bezirksteile in Form einer diesbezüglichen Zusatztafel zu erhalten.

Um Zuweisung in den zuständigen Ausschuss bzw. in die zuständige Kommission wird gebeten.

Stephan Mazal

Michael Mrkvicka



Die Bezirksrätinnen Magdalena Kellaridis von der ÖVP, Alexandra Resch von den Grünen, sowie den Bezirksräten Stefan Sabler von KPÖ-Links und Adrian Drahosch von der FPÖ, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden Antrag:

Antrag

Onlineakteneinsicht für die Kulturkommission Favoriten

Der Bezirksvorsteher wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Online-Akteneinsicht für die Kulturkommission in Favoriten wieder ermöglicht wird.

Begründung:

Die derzeitige Form der Akteneinsicht ist mit erheblichem organisatorischem Aufwand und eingeschränkter Zugänglichkeit verbunden. Mitglieder der Kulturkommission müssen derzeit während eingeschränkter Amtszeiten des Büros der Bezirksvorstehung, nur bis 15:00 Uhr Mo-Fr, persönlich vor Ort erscheinen, um Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Dabei müssen die relevanten Akten händisch fotografiert und anschließend eigenständig aufgearbeitet werden, um eine Abstimmung innerhalb der jeweiligen Klubs zu ermöglichen.

Ein digitaler Zugang würde die Effizienz der Kommissionsarbeit deutlich erhöhen sowie Transparenz und Nachvollziehbarkeit stärken.

Derzeit entsteht pro Kulturkommission ein Vorbereitungsaufwand von bis zu acht Stunden, exklusive Fahrzeiten und Sitzungen.

Zudem zeigt die Praxis in mehreren Wiener Bezirken, dass digitale Lösungen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Laut vorliegenden Informationen verfügen die Bezirke 1, 8, 9, 12 und 19 bereits über Möglichkeiten der Online-Akteneinsicht. Dabei ist ergänzend festzuhalten, dass die genannten Bezirke die Online-Akteneinsicht nicht nur für einzelne Bereiche ermöglichen, sondern Unterlagen aller Kommissionen und Ausschüsse sowie meist auch Anträge zu Bezirksvertretungssitzungen digital zugänglich machen. Auch in Favoriten besteht grundsätzlich ein digitales System, allerdings ohne entsprechenden Zugang für die Mitglieder über die Wiener Cloud.

Laut Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen GO-BV §11(3) gilt:

„Jedes Mitglied der Bezirksvertretung hat das Recht auf Einsichtnahme in jene Geschäftsstücke, die der Bezirksvertretung auf Grund der bekannt gegebenen Tagesordnung vorliegen. Die Geschäftsstücke sind in den Amtsräumen des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin während der Dienststunden, spätestens am zweiten Tag vor der Sitzung, aufzulegen und, soweit die Geschäftsstücke zur Gänze elektronisch verfügbar sind und die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen, in elektronischer Weise zugänglich zu machen.“

Dies gilt laut GO-BV §25c(2) und §25d(3) gelten diese Bestimmungen sinngemäß auch für Ausschüsse und Kommissionen. Da die Daten elektronisch zur Verfügung stehen und die

technischen Voraussetzungen dafür vorliegen und in anderen Bezirken bereits zur Anwendung kommen, muss dies auch in Favoriten umgesetzt werden.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass aktuell an einer umfassenden Lösung für die digitale Arbeit der Bezirksrätinnen und Bezirksräte gearbeitet wird. Bis zu deren Umsetzung soll jedoch der bisher bestehende digitale Zugang für die Kulturkommission weiterhin ermöglicht beziehungsweise wiederhergestellt werden. Die seit dem Einsatz einiger BezirksrätInnen Praxis des Kopierens der Akten ist nicht in unserem Sinne, da dies eine Umweltbelastung bedeutet. Das Argument des Datenschutzes kann auch nicht gelten, da alle Unterlagen in der Cloud abgespeichert sind und alle Vereine online einreichen.

Um sofortige Annahme dieses Antrags wird ersucht.

Die Bezirksrätinnen Magdalena Kellaridis von der ÖVP, Alexandra Resch von den Grünen, Nora Bisanz von den NEOS, sowie den Bezirksräten Stefan Sabler von KPÖ-Links und Adrian Drahosch von der FPÖ, stellen eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden Antrag:

Antrag

Onlineakteneinsicht für die Kulturkommission Favoriten

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, den Mitgliedern der Kulturkommission Favoriten einen digitalen Zugang zur Akteneinsicht bis zur nächsten Kulturkommissionssitzung im Herbst wieder zu ermöglichen.

Begründung:

Die derzeitige Form der Akteneinsicht ist mit erheblichem organisatorischem Aufwand und eingeschränkter Zugänglichkeit verbunden. Mitglieder der Kulturkommission müssen derzeit während eingeschränkter Amtszeiten des Büros der Bezirksvorstehung, nur bis 15:00 Uhr Mo-Fr, persönlich vor Ort erscheinen, um Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Dabei müssen die relevanten Akten händisch fotografiert und anschließend eigenständig aufgearbeitet werden, um eine Abstimmung innerhalb der jeweiligen Klubs zu ermöglichen.

Ein digitaler Zugang würde die Effizienz der Kommissionsarbeit deutlich erhöhen sowie Transparenz und Nachvollziehbarkeit stärken.

Derzeit entsteht pro Kulturkommission ein Vorbereitungsaufwand von bis zu acht Stunden, exklusive Fahrzeiten und Sitzungen.

Zudem zeigt die Praxis in mehreren Wiener Bezirken, dass digitale Lösungen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Laut vorliegenden Informationen verfügen die Bezirke 1, 8, 9, 12 und 19 bereits über Möglichkeiten der Online-Akteneinsicht. Dabei ist ergänzend festzuhalten, dass die genannten Bezirke die Online-Akteneinsicht nicht nur für einzelne Bereiche ermöglichen, sondern Unterlagen aller Kommissionen und Ausschüsse sowie meist auch Anträge zu Bezirksvertretungssitzungen digital zugänglich machen. Auch in Favoriten besteht grundsätzlich ein digitales System, allerdings ohne entsprechenden Zugang für die Mitglieder über die Wiener Cloud.

Laut Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen GO-BV §11(3) gilt:

„Jedes Mitglied der Bezirksvertretung hat das Recht auf Einsichtnahme in jene Geschäftsstücke, die der Bezirksvertretung auf Grund der bekannt gegebenen Tagesordnung vorliegen. Die Geschäftsstücke sind in den Amtsräumen des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin während der Dienststunden, spätestens am zweiten Tag vor der Sitzung, aufzulegen und, soweit die Geschäftsstücke zur Gänze elektronisch verfügbar sind und die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen, in elektronischer Weise zugänglich zu machen.“

Dies gilt laut GO-BV §25c(2) und §25d(3) gelten diese Bestimmungen sinngemäß auch für Ausschüsse und Kommissionen. Da die Daten elektronisch zur Verfügung stehen und die

technischen Voraussetzungen dafür vorliegen und in anderen Bezirken bereits zur Anwendung kommen, muss dies auch in Favoriten umgesetzt werden.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass aktuell an einer umfassenden Lösung für die digitale Arbeit der Bezirksrätinnen und Bezirksräte gearbeitet wird. Bis zu deren Umsetzung soll jedoch der bisher bestehende digitale Zugang für die Kulturkommission weiterhin ermöglicht beziehungsweise wiederhergestellt werden. Die seit dem Einsatz einiger BezirksrätInnen Praxis des Kopierens der Akten ist nicht in unserem Sinne, da dies eine Umweltbelastung bedeutet. Das Argument des Datenschutzes kann auch nicht gelten, da alle Unterlagen in der Cloud abgespeichert sind und alle Vereine online einreichen.

Um sofortige Annahme dieses Antrags wird ersucht.

Antrag

der Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei – Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler und Rudi Wieselthaler – gemäß § 24 der Geschäftsordnung, eingebracht bei der Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten am 17. Juni 2026 betreffend

Geschwindigkeitsmessungen: Himberger Straße zwischen Rosiwalgasse und dem Kreisverkehr Auffahrt auf die S1 bzw. Spange Leopoldsdorf

Die zuständigen Stellen werden ersucht, Radargeräte auf der Himberger Straße zwischen der Rosiwalgasse und dem Kreisverkehr im Bereich der Auffahrt auf die S1 bzw. Spange Leopoldsdorf zu installieren.

Begründung:

In letzter Zeit wurde seitens der Bevölkerung beobachtet, dass das vorgeschriebene Tempolimit von 50 km/h zunehmend nicht eingehalten wird. Die Bevölkerung wünscht sich zeitnah Geschwindigkeitsmessungen- und Kontrollen mittels Radargeräte für ein sicheres Verkehrsumfeld.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird gebeten.

BezRⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler

BezR Rudi Wieselthaler

Antrag

der Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei – Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler und Rudi Wieselthaler – gemäß § 24 der Geschäftsordnung, eingebracht bei der Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten am 17. Juni 2026 betreffend

Geschwindigkeitskontrollen Leopoldsdorfer Straße

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, Radargeräte auf der Leopoldsdorfer Straße zu installieren.

Begründung:

In letzter Zeit wurde seitens der Bevölkerung beobachtet, dass das vorgeschriebene Tempolimit von 30 km/h zunehmend nicht eingehalten wird. Die Bevölkerung wünscht sich zeitnah Geschwindigkeitsmessungen- und Kontrollen mittels Radargeräte für ein sicheres Verkehrsumfeld.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird gebeten.

BezRⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler

BezR Rudi Wieselthaler

Antrag

der Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei – Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler und Rudi Wieselthaler – gemäß § 24 der Geschäftsordnung, eingebracht bei der Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten am 17. Juni 2026 betreffend

Geschwindigkeitsmessungen: Oberlaaer Straße zwischen Himberger Straße und Leopoldsdorfer Straße

Die zuständigen Stellen werden ersucht, Radargeräte auf der Oberlaaer Straße zwischen der Himberger Straße und der Leopoldsdorfer Straße zu installieren.

Begründung:

In letzter Zeit wurde seitens der Bevölkerung beobachtet, dass das vorgeschriebene Tempolimit von 30 km/h zunehmend nicht eingehalten wird. Die Bevölkerung wünscht sich zeitnah Geschwindigkeitsmessungen- und Kontrollen mittels Radargeräte für ein sicheres Verkehrsumfeld.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird gebeten.

BezRⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ivana Reinstadler

BezR Rudi Wieselthaler

Antrag

der Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei – Magdalena Kellaridis, MA und Raphael Steiner – gemäß § 24 der Geschäftsordnung, eingebracht bei der Vollversammlung der Bezirksvertretung Favoriten am 17. Juni 2026 betreffend

Kiss and „Ride“ Pichelmayergasse Gymnasium

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden gebeten rund um das Pichelmayergymnasium zu überprüfen, ob es eine geeignete Örtlichkeit für eine Kiss and Ride Zone gibt, die die Verkehrssituation nicht belastet.

Begründung:

Immer wieder herrscht rund um das Pichelmayergymnasium zu Stoßzeiten viel Verkehr. Durch das hinbringen der Kinder. Der Elternverein hatte als Idee, dass möglicherweise eine Kiss and Ride Stelle hier eine Erleichterung bringen würde.

Um Zuweisung des Antrags in die Mobilitätskommission wird gebeten.

BezRin Magdalena Kellaridis

BezR Raphael Steiner



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Die unterzeichneten Bezirksrät*innen des Klubs der Grünen Favoriten stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten am 17.Juni 2026 folgenden

Resolutionsantrag

Kein Großprojekt ohne Beteiligung!

Die Bezirksvertretung Favoriten spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass große Umgestaltungsprojekte im Bezirk ausschließlich nach einem Bürger:innenbeteiligungsverfahren und unter Einbindung der gewählten Bezirksrät:innen umgesetzt werden.

Begründung

Die Umgestaltung der Favoritenstraße ist ein Vorzeigeprojekt der Bürger:innenbeteiligung. Sie zeigt vor, wie es nicht geht.

Statt gemeinsam mit den Anwohner:innen und Bezirksrät:innen die besten Ideen für das Herzstück von Favoriten zu diskutieren, war die Umgestaltung viel mehr eine Hauruckaktion vor der Wien Wahl. Eine Einbindung von Anwohner:innen und Geschäftstreibenden der Einkaufsstraße gab es nicht. So erzählten viele, dass sie von Entscheidungen erst zu spät oder gar nicht informiert wurden.

Dabei wissen die Menschen, die auf der Favoritenstraße leben und arbeiten, am besten, was sie brauchen.

Die Einbindung der gewählten Vertreter:innen im Bezirk funktionierte nicht besser.

Eine Diskussion oder Abstimmung über das Projekt in der Bezirksvertretung gab es nicht. Auf eine Anfrage der Grünen und der ÖVP, wann denn der Umbau der Favoritenstraße in der Bezirksvertretung beschlossen worden sei, antwortete der Bezirksvorsteher „Es wurde kein Beschluss in der Bezirksvertretung gefasst, [...]“.

Lediglich über die Budgetfreigabe des Projekts wurde im Zuge des Budgetbeschlusses für das Jahr 2026 abgestimmt – nicht aber über den Inhalt des Projekts selbst. Die Pläne für die Umgestaltung wurden den Bezirksrät:innen erst knapp ein Jahr nach der medialen Bekanntgabe und nach dem Budgetbeschluss, der das Projekt beinhaltete, präsentiert.

Anfragen zu dem Projekt wurden unvollständig beantwortet, was inhaltliche Diskussionen darüber verzögerte.



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

So dürfen Entscheidungen über große Projekte im Bezirk nicht getroffen werden!

Stattdessen braucht es bei großen Umgestaltungsprojekten im Bezirk:

- Ein Verfahren zur Einbindung von Feedback und Ideen der Bevölkerung ab Planungsbeginn
- Rechtzeitige Präsentation der Pläne sowie Informationen über die Entscheidungsgrundlagen an Bezirksrät:innen aller Fraktionen
- Eine politische Diskussion unter Einbindung aller Fraktionen über das Projekt vor der Detailplanung
- Vollumfängliche und rechtzeitige Beantwortung von Anfragen durch den Bezirksvorsteher, sowie durch die für das Projekt zuständigen Stadträt:innen und Magistratsdieststellen vor politischen Entscheidungen
- Informationen an alle Anwohner:innen und Geschäftstreibenden über den Ablauf der Bauarbeiten

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Christian Faulmann
Klubobfraustellvertreter



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Die unterzeichneten Bezirksrät*innen des Klubs der Grünen Favoriten stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten am 17. Juni 2026 folgenden

Resolutionsantrag

Fortführung und langfristige Absicherung von StoP Favoriten

Die Bezirksvertretung Favoriten spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass das Weiterbestehen von StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt - Favoriten langfristig abgesichert und das Projekt ausgebaut werden soll.

Begründung

Laut Gewaltschutzbericht des Bundesministeriums für Inneres wurden im Jahr 2025 in Wien insgesamt 3.983 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Dies stellt zwar einen leichten Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren dar, von einem nachhaltigen Rückgang oder Trend kann jedoch keine Rede sein.

Partnergewalt betrifft alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen – und sie findet in allen Bezirken statt.

Das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ wurde 2019 in Wien-Margareten ins Leben gerufen und hat sich seither in zwölf Bezirken erfolgreich etabliert – so auch in Favoriten.

StoP organisiert Informations- und Aufklärungsarbeit an öffentlichen Orten, fördert Zivilcourage und stärkt die Interventionsbereitschaft in der Nachbarschaft. Darüber hinaus trägt das Projekt zur Enttabuisierung von Partnergewalt bei und setzt gezielt im räumlich-sozialen Umfeld von Gewaltbetroffenen und – überwiegend männlichen – Tätern an.

Ziel ist es, dass Partnergewalt nicht länger geduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert wird, sondern das soziale Miteinander sowie die Nachbarschaft als aktive Unterstützungsstruktur gestärkt werden.

Bereits bestehende und gut funktionierende Projekte angesichts kontinuierlich hoher Gewaltzahlen auszubauen und nachhaltig zu finanzieren, ist sowohl ressourcenschonend als auch wirksam.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Pia Knappitsch
Bezirksrätin



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2026

Betreff: Einbeziehung der Nebenstraßen als Begegnungszonen beim Umbau der Favoritenstraße

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht beim Umbau der Fußgängerzone Favoritenstraße die zuführenden Sackgassen im Planungsprozess zu berücksichtigen und als permanente Begegnungszonen zu planen.

Begründung:

Die ist eine **Neueinbringung des Antrags S 307275/24** der von uns nach Zusage der Berücksichtigung in den Plänen zurückgezogen wurde. Da es bisher noch keine konkrete Planung diesbezüglich gibt, bringen wir den Antrag neuerlich ein.

Durch den Umbau der Favoritenstraße ergibt sich die Möglichkeit, auch die zuführenden Nebenstraßen gleich neu als dauerhafte Begegnungszonen zu gestalten. Das entspricht auch dem Schreiben von Senatsrat Dr. Raab (MA46) vom 02.04.2021 als Antwort auf einen Antrag zur Errichtung temporärer Begegnungszonen ebendieser Straßenzüge:

„Der Bezirksvertretung für den 10. Bezirk wird anheimgestellt, einen Antrag auf dauerhafte Errichtung von Begegnungszonen zu stellen. Die Sackgassen östlich der Fußgängerzone Favoritenstraße könnten sich hierzu eignen, es wird jedoch schon jetzt darf darauf hingewiesen, dass Begegnungszonen unvermeidbar mit dem (zu finanzierenden) Umbau der Straße zur optischen Attraktivierung und Erhöhung der Aufenthaltsqualität und dem Ausräumen von Stellplätzen einhergehen (abgesehen von notwendigen Zonen für eingeschränkte Nutzungen wie z.B. Ladezonen).“

Um Zuweisung in die Bezirksentwicklungskommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Christian Faulmann
Bezirksrat



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.06.2026

Prüfung und Umsetzung eines zusätzlichen Aufzugs bei der U1 Station Reumannplatz

Die zuständigen Stadträt:innen werden ersucht, die Errichtung eines zusätzlichen Aufzugs bei der U1 Station Reumannplatz zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen. Wenn möglich, sollte ein Aufzug am U-Bahnausgang stadtauswärts errichtet werden.

Begründung:

Bei der U1 Station Reumannplatz gibt es lediglich einen Aufzug beim stadteinwärts gelegenen Ausgang. Dieser ist oft überlastet. Menschen mit Gehbehinderung, Menschen mit Kinderwägen oder ältere Menschen mit Einkaufstrolleys müssen oft länger auf den kleinen Aufzug warten. Personen, die von den Bussen am Reumannplatz kommen und auf einen Lift angewiesen sind, müssen einen längeren Umweg bis zum anderen Ende der U-Bahnstation auf sich nehmen. Fällt der Lift aus, gibt es keine Alternative und gehbehinderte Personen müssen auf andere Verkehrsmittel ausweichen. Somit sind sie in ihrer Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel stark eingeschränkt.

Daher ist es wichtig, die Aufzugskapazitäten zu erhöhen und eine Alternative zu schaffen, wenn der vorhandene Aufzug repariert werden muss. Um lange Wege beim Umsteigen zu reduzieren, wäre es sinnvoll, wenn ein zweiter Aufzug beim U-Bahn Ausgang Reumannplatz geschaffen wird.

Um Zuweisung an die Bezirksentwicklungskommission wird gebeten.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Pia Knappitsch
Bezirksrätin



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17. Juni 2026

Mobile Geschwindigkeitsmessung auf der Triester Straße

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, temporäre Geschwindigkeitsmessungen entlang der Triester Straße, insbesondere stadtauswärts der Kreuzung mit der Hertha-Firnberg-Straße/Ottokar-Fischer-Gasse mittels mobiler Messgeräte durchzuführen und die erhobenen Daten zu veröffentlichen. Die Messungen sollen auch in den Abendstunden erhoben werden.

Begründung:

Die Triester Straße ist eine stark befahrene Straße. Überhöhte Geschwindigkeiten verstärken die Lärmbelastung stark.

Ab besagter Kreuzung gilt stadtauswärts Tempo 70. Besonders in den Abend- und Nachtstunden, wenn weniger Verkehr ist, lädt diese Strecke zum Rasen ein. Immer wieder finden auch illegale Autorennen statt. Besonders, wenn Raser:innen nach der Ampel an der Kreuzung voll aufs Gas steigen, entsteht unnötige Lärmbelästigung für Anwohner:innen.

Um die Belastung durch Lärm und Schadstoffe zu reduzieren und Gefahren zu minimieren, ist es wichtig, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen eingehalten werden.

Um Zuweisung an die Mobilitätskommission wird gebeten.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Markus Strutzenberger-Egger
Bezirksrat



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten

gemäß § 24 der GO-BV
eingebracht in der Sitzung am 17.06.2026

Betreff: Verlängerung der Busspur in der Gudrunstraße

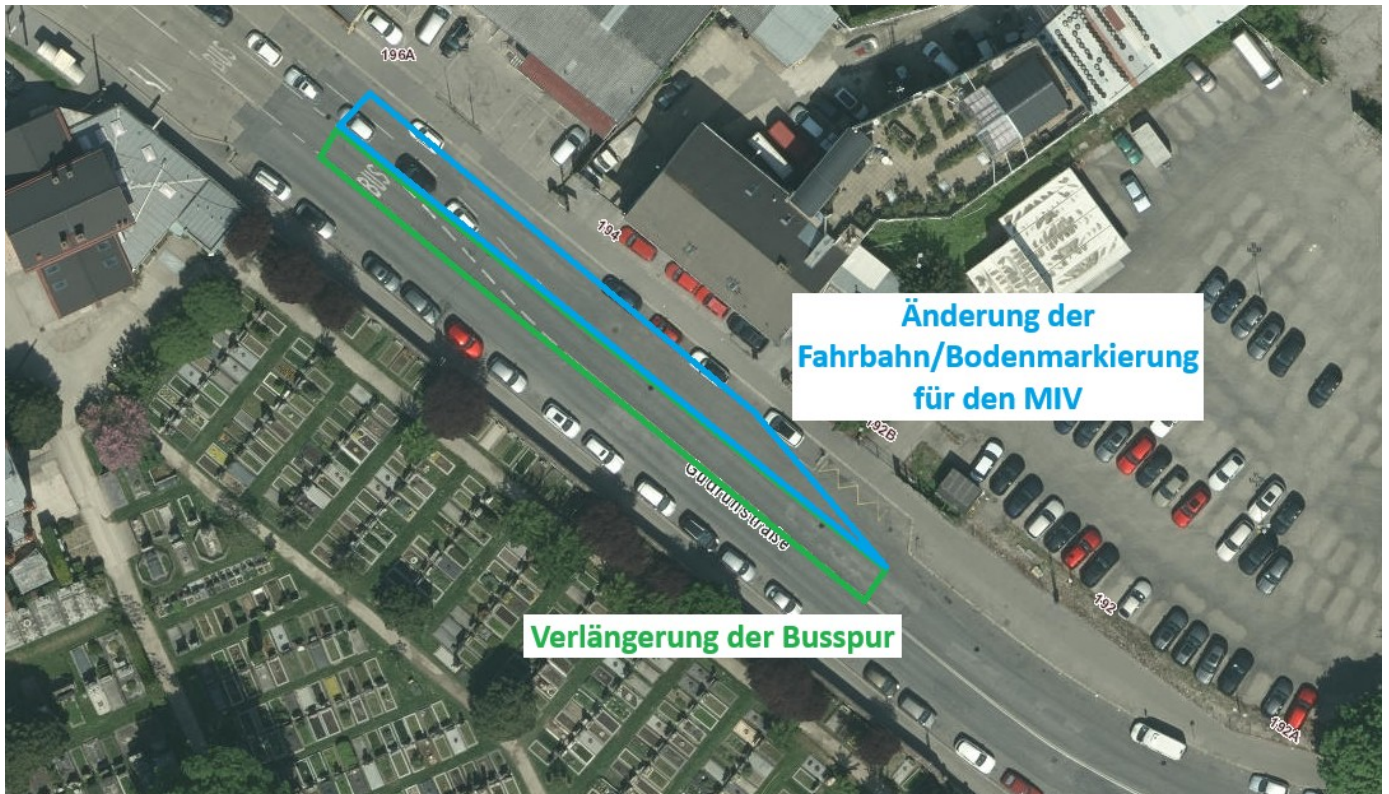
Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht in der Gudrunstraße die vorhandene Busspur entlang der Ordnungsnummern 198-196A bis zur Höhe der Ordnungsnummer 192B zu verlängern, um die Linie 14A in Richtung Neubaugasse zu beschleunigen.

Begründung:

Aufgrund der, durch die Exekutive unzureichend kontrollierten, Verkehrssituation am Matzleinsdorferplatz (Regelmäßige Übertretungen nach § 18 Abs.3 StVO von KFZ von Süden auf der Triester Straße kommend und Behinderung der Querung von KFZ von der Gudrunstraße Richtung Matzleinsdorfer Platz kommend) steht auch der Bus der Linie 14A Richtung Neubaugasse – oftmals über mehrere Ampelphasen – in der Gudrunstraße im Stau.

Neben einer regelmäßigen Kontrolle zur Einhaltung der StVO aller Verkehrsteilnehmer:innen am Matzleinsdorferplatz kann auch die Verlängerung der Busspur in der Gudrunstraße zu einer temporären Entspannung der Situation für den öffentlichen Verkehr beitragen. Dadurch kann die unnötige Wartezeit im Stau um ca. eine Ampelphase für die Fahrgäste verkürzt werden. Das wäre auch im Sinne der von der Stadtregierung angekündigten „Beschleunigungsoffensive für Wiens Öffis“ (<https://www.wien.gv.at/verkehr/beschleunigungsoffensive-wiener-oeffis>).

Selbstverständlich bedarf es für den Matzleinsdorfer Platz eine gesamtheitliche Lösung, wie sie auch in Vergangenheit von den Grünen beantragt wurde (Siehe z.B. Antrag S 752605/23: Verkehrslösung für das Kreuzungsplateau).



Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Markus Strutzenberger-Egger
Bezirksrat

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2026

Betreff: Hundesackerlspender Segnergasse 3A

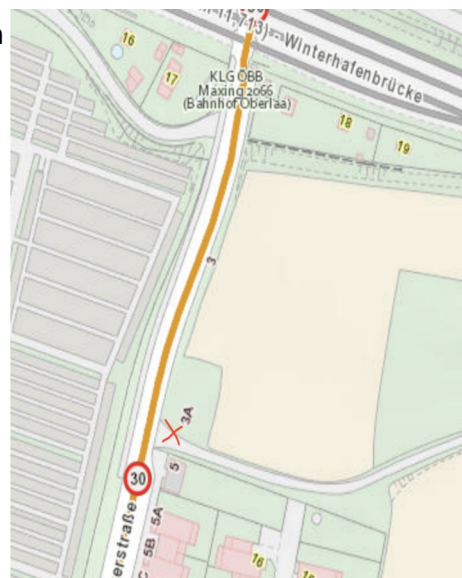
Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, in der Segnergasse, vor ONr 3A, die Anbringung eines Hundesackerlspenders zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung:

In der Segnergasse zwischen ONr 3A und 5 führt ein Feldweg in Richtung der Felder beim Stadtwanderweg 7. Diese Strecke wird von Hundebesitzer:innen häufig frequentiert, vor allem von Personen, die aus Richtung der U-Bahn kommen. Es gibt zwar weiter unten in der Friedhofstraße einen Hundesackerlspender, aber dieser ist zu weit weg, als dass ihn diese SpaziergängerInnen verwenden.

Dies ist ein Bürger:innen-Anliegen.

Um Zuweisung in den Umweltausschuss wird ersucht.



Katrin Fallmann
Klubobfrau

Pia Knappitsch
Bezirksrätin



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2026

Betreff: Sitzgelegenheiten entlang des Stadtwanderwegs 7

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, Sitzgelegenheiten entlang des Stadtwanderwegs 7 zu errichten.

Begründung:

Der Stadtwanderweg 7 führt vom Alten Landgut durch den Laaer Wald, den Böhmischen Prater, über die Löwygrube, den Goldberg sowie den Laaer Berg, der Liesingpromenade entlang bis Oberlaa. Im Bereich Goldberg bis Laaer Berg gibt es derzeit keine Sitzgelegenheiten.

Es sollten mehrere Bänke errichtet werden, um den Wandernden Pausen zu ermöglichen.

Um Zuweisung an die Umweltkommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Pia Knappitsch
Bezirksrätin



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2026

Betreff: Entschärfung der Kreuzung Friedhofstraße#Segnerstraße

Die zuständige Stadträt:in wird ersucht, Maßnahmen zu setzen, um die gefährliche Situation an der Kreuzung Friedhofstraße#Segnerstraße zu entschärfen.

Begründung:

Fährt man die Friedhofstraße von Osten kommend in Richtung Laaer-Berg-Straße, kreuzt man die Segnerstraße. Im Streckenverlauf der Friedhofstraße ist an dieser Stelle eine Leitlinie markiert (siehe Bild).

Offenbar verleitet diese Markierung Autofahrer:innen zur fälschlichen Annahme, dass man sich auf der Friedhofstraße in einer Vorrangsituation befindet. In Wirklichkeit ist dort aber Rechtsvorrang. Aus diesem Grund kommt es laut Anrainer:innen regelmäßig zu Blebschäden.



Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Markus Strutzenberger-Egger
Bezirksrat



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2024

Betreff: Wiedererrichtung der Fahrradständer am Columbusplatz

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die im Zuge des Umbaus des Columbusplatzes abmontierten Fahrradständer am Ausgang zur Columbusgasse in passender örtlicher Nähe wieder aufzubauen.

Begründung:

Wie auf Archivbildern erkennbar gab es früher 8 Wiener Bügel und eine fix montierte Luftpumpe. Diese wurden nach dem Umbau des Columbusplatz nicht wieder aufgebaut.

Wir bitten um Wiedererrichtung dieser Radinfrastruktur im selben Umfang (8 Radbügel + Pumpe), entweder wieder am Columbusplatz, oder zumindest in örtlicher Nähe, z.B. in den ersten Plätzen in der Parkspur der Columbusgasse, direkt nach dem Wendeanker.



Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Markus Strutzenberger-Egger
Bezirksrat



Die Grüne Alternative Favoriten
Sonnwendgasse 38/Lokal 4
1100 Wien
Tel. 01/600 67 33
favoriten@gruene.at

Antrag der Grünen Alternative Favoriten
gemäß § 24 der GO
eingebracht in der Sitzung am 17.6.2026

Betreff: Maßnahmen gegen Raserei in der Segnerstraße

Die zuständige Stadträtin wird ersucht, Maßnahmen gegen Raserei in der Segnerstraße, im Abschnitt zwischen dem Bahndamm und der Friedhofstraße, zu veranlassen.

Begründung:

In der Segnerstraße ist Tempo 30 verordnet. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung wird vor allem in südliche Richtung, vom Bahnschranken kommend in Richtung Friedhofstraße, oft stark überschritten. Dadurch kommt es zu gefährlichen Situationen und Lärmbelästigung für die Anrainer:innen.

Dies ist ein Bürger:innen-Anliegen.

Um Zuweisung in die Mobilitätskommission wird ersucht.

Katrin Fallmann
Klubobfrau

Markus Strutzenberger-Egger
Bezirksrat

Sitzgelegenheit vor der Volksschule Hebbelplatz

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Sitzgelegenheit im Bereich des Vorplatzes der Volksschule Hebbelplatz zu prüfen und umzusetzen.



Begründung:

Der Schulvorplatz der Volksschule Hebbelplatz wird täglich von zahlreichen Eltern, Großeltern und anderen Begleitpersonen genutzt, die Kinder zur Schule bringen oder nach Unterrichtsende abholen.

Derzeit besteht im unmittelbaren Bereich des Schulvorplatzes keine Sitzgelegenheit. Gerade für ältere Menschen, Schwangere oder Personen mit eingeschränkter Mobilität kann dies längere Wartezeiten unnötig erschweren.

Eine Sitzbank würde die Aufenthaltsqualität erhöhen und eine einfache Möglichkeit bieten, Wartezeiten komfortabler zu überbrücken.

Gerade während der Bring- und Abholzeiten könnte eine Sitzbank den Aufenthalt vor der Schule angenehmer gestalten.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10. Juni 2026

Sitzgelegenheit in der Hundezone im Humboldtpark

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Sitzbank in der Hundezone im Humboldtpark zu prüfen und umzusetzen.



1 Hundezone Humboldtpark

Begründung:

Die Hundezone im Humboldtpark wird regelmäßig von Hundebesitzer*innen genutzt und dient zugleich als Ort der Begegnung und des Austauschs im Grätzl.

Derzeit besteht innerhalb der Hundezone keine Sitzgelegenheit. Insbesondere für ältere Personen oder Begleitpersonen kann ein längerer Aufenthalt dadurch erschwert werden.

Eine Sitzbank würde die Aufenthaltsqualität erhöhen und einen komfortableren Aufenthalt für die Nutzer*innen der Hundezone ermöglichen. Die Maßnahme ist mit geringem Aufwand umsetzbar und würde einen konkreten Mehrwert für die Besucher*innen der Anlage schaffen.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10. Juni 2026

Verbesserte Kennzeichnung des Fahrradfahrverbots im Bereich des Helmut-Zilk-Parks

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Kennzeichnung des Fahrradfahrverbots in den dafür vorgesehenen Bereichen des Helmut-Zilk-Parks zu prüfen und gegebenenfalls durch besser sichtbare Bodenmarkierungen sowie eine deutlichere Beschilderung zu ergänzen.



Begründung:

Im Bereich des Helmut-Zilk-Parks bestehen Abschnitte, die nicht für den Fahrradverkehr vorgesehen sind. Die derzeitige Kennzeichnung erfolgt im Wesentlichen durch eine weiße Bodenlinie sowie ein vergleichsweise unauffälliges Hinweisschild.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Kennzeichnung häufig übersehen wird und Fahrräder regelmäßig in Bereiche einfahren, die vor allem dem Fußverkehr sowie den angrenzenden Freizeit- und Spielbereichen dienen. Insbesondere im Umfeld des Motorikparks sowie beim Ausgang des Kleinkinderspielplatzes kommt es dadurch immer wieder zu unübersichtlichen Situationen und Konflikten zwischen Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und spielenden Kindern.

Eine deutlichere Kennzeichnung – etwa durch auffälligere Bodenmarkierungen oder besser sichtbare Verkehrszeichen – könnte dazu beitragen, Missverständnisse zu vermeiden und die Sicherheit aller Nutzer*innen des Parks zu erhöhen.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10. Juni 2026

Fahrradabstellanlagen im Umfeld des Keplerplatzes

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen im Umfeld des Keplerplatzes zu prüfen und umzusetzen sowie in der Umsetzung der Favoritenstraße NEU zu bedenken und behandeln.



Begründung:

Der Keplerplatz ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt und wichtiger öffentlicher Ort im Bezirk. Durch die Nähe zur U1, zu Geschäften, Gastronomiebetrieben und weiteren Einrichtungen besteht ein hoher Bedarf an sicheren Fahrradabstellmöglichkeiten.

Obwohl sich am Keplerplatz eine WienMobil-Rad-Station befindet, stehen für private Fahrräder nur begrenzte Abstellmöglichkeiten zur Verfügung. Die WienMobil-Rad-Station dient dem Ausleihen und Zurückgeben von Leihrädern und kann nicht als Abstellanlage für private Fahrräder genutzt werden.

Zusätzlich befindet sich im Bereich des Keplerplatzes eine Abstellfläche für E-Scooter. Dadurch steht für private Fahrräder nur ein begrenzter Teil der vorhandenen Flächen zur Verfügung. Die bestehenden Fahrradbügel decken den Bedarf nicht ausreichend ab. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass Fahrräder teilweise an Lichtmasten oder anderen Elementen des öffentlichen Raums befestigt werden.

Die Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen würde das sichere Abstellen von Fahrrädern erleichtern, zu einem geordneten Erscheinungsbild beitragen und die Nutzung des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel weiter fördern.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10. Juni 2026

Zusätzliche Fahrradabstellanlagen im Umfeld des Columbusplatzes

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen im Umfeld des Columbusplatzes zu prüfen und umzusetzen.



Begründung:

Der Columbusplatz wurde kürzlich umfassend aufgewertet bzw. neu gestaltet und ist ein zentraler Aufenthalts-, Einkaufs- und Verkehrsknotenpunkt im Bezirk Favoriten. Als Teil der stark frequentierten Fußgängerzone sowie durch die Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln wird der Platz täglich von zahlreichen Menschen genutzt.

Derzeit zeigt sich insbesondere in einzelnen Bereichen des Platzes, dass die vorhandenen Fahrradabstellmöglichkeiten den Bedarf nicht ausreichend decken. Fahrräder werden teilweise dicht nebeneinander oder an ungeeigneten Stellen abgestellt, da geeignete Abstellanlagen fehlen. Zusätzliche Fahrradabstellanlagen würden zu mehr Ordnung im öffentlichen Raum beitragen, das sichere Absperren von Fahrrädern erleichtern und die Nutzung des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel fördern.

Gerade nach der umfassenden Neugestaltung des Columbusplatzes sollte geprüft werden, ob an geeigneten Standorten im unmittelbaren Umfeld weitere Abstellmöglichkeiten geschaffen werden können.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10. Juni 2026

Prüfung der Verkehrssituation in der Biotope City

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Nora Bisanz stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen sollen die motorisierte Verkehrssituation in der Biotope City bitte prüfen und Anpassungen zur Eindämmung widerrechtlich abgestellter Fahrzeuge vornehmen. Der Fokus soll hierbei auf der "Einfahrt" von der Triester Straße kommend über den Harry-Glück-Platz, die Hilda-Geiringer-Gasse sowie den Abschnitt der Gödelgasse bis zum Schranken liegen.

Begründung:

Bei der Gestaltung der Biotope City wurden teilweise Bodenbeläge verwendet, die obwohl anderslautender Beschilderung, zum Abstellen von motorisierten Fahrzeugen einladen. Die Nicht-Einhaltung des Halte-/Parkverbots ist vor allem auf der auf untenstehenden Bild erkennbaren Fläche als enorm kritisch zu bewerten, da dadurch die Notausgänge des anliegenden Gebäudes blockiert werden. Ebenso wird das Portal zur Biotope City oft durch mehrere Reisebusse blockiert.



Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Nora Bisanz

Wien, am 10.06.2026

Der Bezirksräte von KPÖ und LINKS, Florian Birngruber und Stefan Sabler, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Wiedererrichtung der entfernten Bänke am Reumannplatz

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, die jüngst entfernten Bänke am Reumannplatz bestmöglich und jedenfalls noch im Sommer 2026 wieder zu errichten. Im Zuge dessen sollen diese sowie alle weiteren Bänke am Reumannplatz besser als bisher am Boden befestigt werden.

Begründung

Im Bezirk leben viele Menschen auf engem Raum ohne Zugang zu privaten Gärten oder Balkonen. In diesem Sinne ist der Reumannplatz ein wichtiger konsumfreier Aufenthaltsort für viele Favoritner*innen, welche in den Sommer- und Frühlingsmonate täglich tausende Gäste anzieht. Daher ist es wenig verständlich, warum die Stadt Wien knapp 30 Bänke ohne weitere Informationen entfernt und sie seit knapp zwei Monaten nicht wiedererrichtet.

Die Menschen, die hier am Reumannplatz zusammenkommen, haben es verdient, angemessene Sitzmöglichkeiten vorzufinden, insbesondere für jene im Senior*innen-Alter, die auf Bänke mit Rückenlehnen angewiesen sind.

Die Entfernung der Bänke begründet die MA42 mit Vandalismus an Bänken. Angeblich wurden einzelne Bänke herausgerissen. Daher ist bei einer Wiedererrichtung der Bänke eine bessere Befestigung am Boden notwendig. Im Zuge eines Lokalausgangs zeigt sich, dass die aller meisten Bänke am Reumannplatz an meist nur einer statt vier Ösen am Boden angeschraubt sind.

Florian Birngruber

Stefan Sabler

Der Bezirksräte von KPÖ und LINKS, Florian Birngruber und Stefan Sabler, stellen, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026, gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Antrag

Sitzgelegenheiten Autobushaltestelle 14A Reumannplatz (Wielandgasse)

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, bei der Endhaltestelle des 14A (Station Reumannplatz/Wielandgasse) Sitzgelegenheiten für die Fahrgäste einzurichten.

Begründung

Bei der genannten Station gibt es aktuell keine Sitzgelegenheiten. Es handelt sich um ein Bürgeranliegen.

Florian Birngruber

Stefan Sabler